

Der Hennef-Plan 2020+ der SPD

Mit dem Mut für Neues in eine gute und sichere Zukunft

Wir brauchen einen Plan für unser Hennef von morgen und weniger Stückwerk. Um die vielen Herausforderungen in unserer Stadt anzupacken und aus gewohnten, aber auch lähmenden Routinen auszubrechen, brauchen wir dazu eine neue und verlässliche Mehrheit im Stadtrat und eine neue, sozialdemokratische Führung im Hennefer Rathaus. Die jahrzehntelange CDU-dominierte Politik hinterlässt große ungelöste Felder von Wohnen über Mobilität bis zur Stadtgestaltung, die auf neue Lösungen warten. Das starre Festhalten am Status Quo ist zu wenig, um unsere Stadt fit für eine gute und sichere Zukunft zu machen.

Die Hennefer SPD hat als konstruktive Opposition in den letzten Jahren viele wichtige Themen erfolgreich anstoßen und voranbringen können. Doch viele andere wichtige Vorschläge scheiterten immer wieder an der Ratsmehrheit. Hennef kann mehr! Wir haben uns früh auf den Weg gemacht und unter Beteiligung vieler Henneferinnen und Hennefer den *Hennef-Plan* entwickelt, der unsere Ziele für eine fortschrittliche, gerechte und nachhaltige Politik für unsere Stadt in den kommenden Jahren zusammenfasst. Dabei stehen die realen Probleme und Sorgen der Menschen in Hennef im Vordergrund, die wir lösen wollen. Dieser Umfang an direkter Beteiligung – mit Hennef-Umfrage und verschiedenen Veranstaltungsformaten für alle Interessierten - ist neu in Hennef und soll einen neuen Politikstil in unserer Stadt prägen: Gemeinsam können wir mehr erreichen.

Gerne hätten wir unseren Hennef-Plan noch weiter mit vielen Henneferinnen und Hennefern diskutiert und erarbeitet, doch die Corona-Pandemie stellt auch die politische Arbeit im direkten Austausch vor große Schwierigkeiten. Vor allem aber bringt diese Pandemie viel neues Unbekanntes für uns alle mit, die wir heute noch gar nicht abschließend überblicken können. Auch in dem Bewusstsein, dass die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft in vielen Bereichen auch die politischen Prioritäten und Schwerpunktsetzungen immer wieder aufs Neue verschieben werden, haben wir unseren Hennef-Plan und damit unsere Vision von einem Hennef von morgen fertiggestellt. Zur Ehrlichkeit gehört, dass wir heute nicht sicher abschätzen können, wie sich die Krise auf die verschiedenen Politikfelder auswirken wird, wie sich die finanzielle Situation der Kommunen in der Rezession und damit auch die Umsetzungsmöglichkeiten verschiedener Projekte entwickeln werden. Aber: Wir packen das an, wir lösen das gemeinsam und solidarisch und wir kommunizieren offen. Die Zeit nach der Krise wird ganz sicher kommen. Dafür arbeiten wir.

Damit wir stark aus der Krise herauskommen und unsere Stadt fit für die Zukunft machen, tritt die SPD mit ihrem Hennef-Plan, ihrem Bürgermeisterkandidaten Mario Dahm und ihrem starken Kandidaten-Team aus Frauen und Männern, jungen Leuten und erfahrenen Ratsmitgliedern zur Kommunalwahl an.

Unser Hennef von morgen ist nachhaltig, digital, gerecht und stark. Eine soziale Stadt, in der alle ein bezahlbares Zuhause in einer funktionierenden und sicheren Nachbarschaft in Stadt oder Dorf finden. Eine digitalisierte Stadt, in der es gute Arbeitsplätze und beste Standortbedingungen für eine starke Wirtschaft gibt. Eine vorausschauende Stadt, die für gleiche Bildungschancen für alle

Umsetzungsstand im Sommer 2023

Nach der Kommunalwahl hat sich trotz der großen Stimmenverluste der Parteien eine Ratsmehrheit aus CDU, FDP und „Unabhängigen“ gebildet. Gespräche zu einer Ampelkoalition scheiterten vor allem an einem nicht erkennbaren Einigungswillen der FDP, die stets Unterschiede betonte. Das Gespräch mit den „Unabhängigen“ offenbarte deutlich, dass es dort überhaupt keine politischen Inhalte gibt, über die man hätte verhandeln können.

Die SPD-Fraktion ist durch die Aufnahme von Hans-Jürgen Diekmann (vormals „Die Linke“) auf 14 Ratsmitglieder plus Bürgermeister angewachsen und bringt konstruktiv die Ideen aus dem Hennef-Plan ein. So agiert die SPD als treibende Kraft für die Entwicklung unserer Stadt: nachhaltig, digital und gerecht. In wichtigen Punkten werden mit der Ratskooperation gezielt Gespräche gesucht, um im Sinne der Stadt Blockadesituationen aufzulösen. So konnten etwa die Haushalte für 2022 und 2023 mit großer Mehrheit beschlossen werden.

Die vielen teils unerwarteten Krisen sorgen stets dafür, dass immer wieder neu reagiert werden muss: Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg mit Flüchtlingssituation, Starkregen 2021, wirtschaftliche Situation, Energiemangellage etc. Die SPD erweist sich dabei als inhaltlich klare und progressive, aber immer konstruktiv pragmatische Kraft und unterstützt den Bürgermeister und die Stadtverwaltung, während sich andere Parteien zu oft in Profilierung versuchen.

In vielen Bereichen wurden die Weichen für unser Hennef von morgen richtig gestellt. Nach rund der Halbzeit der Wahlperiode werden erste Erfolge sichtbar, in anderen Bereichen brauchen die Veränderungen und Prozesse Zeit.

Zu nennen sind hier vor allem Veränderungen, die unter CDU-Führung im Rathaus undenkbar waren oder nicht angegangen wurden:

- ➔ Die Verkehrswende hin zu nachhaltiger Mobilität und weg von der alleinigen Fixierung auf das Auto, die konsequent vorangetrieben wird.
- ➔ Neue Schwerpunktsetzung für bezahlbares Wohnen und Nachhaltigkeit in der Stadtplanung.
- ➔ Aufholen des Rückstandes bei Kita- und OGS-Plätzen.
- ➔ Klimaschutz, Ausbau erneuerbarer Energien und Anpassung der Stadt an die Folgen des Klimawandels, inklusive Stärkung der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes.
- ➔ Vorantreiben der Digitalisierung mit Aufbau eines Glasfasernetzes.

sorgt, Mobilität und Daseinsvorsorge sicherstellt, Familien fördert, Ressourcen schont und ihre Umwelt schützt.

Am 13. September heißt es deshalb: Mut für Neues!

Ihre Stimme für Mario Dahm als neuer, junger Bürgermeister und die Hennefer SPD als starke, verlässliche und progressive Kraft im Stadtrat.

I Nachhaltig

Zukunftsfähige Politik muss mit dem Blick auf morgen nachhaltig sein - ökologisch, ökonomisch und sozial. Auch mit den endlichen finanziellen Mitteln müssen wir nachhaltiger umgehen. Hennef muss raus aus der Haushaltssicherung und zurück zur finanziellen Eigenständigkeit.

Mobilität von und für morgen

Wir wollen die Verkehrswende für eine sichere, bezahlbare, nachhaltige und klimafreundliche Mobilität in Hennef. Mobilität ist für uns ein Grundrecht, das allen überall im Stadtgebiet jederzeit unabhängig von Wohnort, Alter, Einkommen oder auch körperlicher Beeinträchtigung zur Verfügung stehen muss. Die Zeit für eine Hennefer Verkehrspolitik auf der Bremse ist vorbei. Das bedeutet:

- Wir wollen den Nahverkehr überall im Stadtgebiet und in der gesamten Region ausbauen und stärken. Dafür brauchen wir mehr Fahrten auf den bestehenden Linien, also engere Takte und auch Nachtfahrten abends, vor allem an den Wochenenden. In Kleinbuslinien sehen wir Chancen, auch heute nicht angebundene Dörfer und die dort lebenden Menschen wieder an das Liniennetz anzuschließen. Schnellbuslinien können den Nahverkehr attraktiver machen, etwa zwischen Hennef und Uckerath/Asbach, Neunkirchen-Seelscheid, Waldbröl oder Bonn. Auch die unmittelbar an das Stadtzentrum angrenzenden Wohngebiete wollen wir besser an das Nahverkehrssystem anschließen, etwa durch verbesserte Linienführungen oder neue Stadtbuslinien.
- Der Nahverkehr muss auch finanziell attraktiver werden. Wir setzen uns für ein „1-Euro-Ticket“ im gesamten Verkehrsverbund ein. Auf dem Weg dahin gilt für uns der Grundsatz: Fahrten rauf, Preise runter. Das Anrufsammeltaxi soll auch mit dem Schüler-, Azubi- und Semesterticket ohne Aufpreis genutzt werden können.

Die Haushaltssituation ist weiterhin angespannt. Bis 2025 muss die Haushaltssicherung verlassen werden, was sich bislang nicht anders darstellen lässt, als mit einer Erhöhung der Steuerhebesätze. Eine Haushaltskommission des Rates wurde eingerichtet (SPD-Antrag). Die beiden ersten von BM Dahm verantworteten Jahresabschlüsse 2021 und 2022 schließen erstmals seit vielen Jahren mit einem Plus und damit über 15 Mio. Euro besser als geplant ab (Gründe vor allem: gute Gewerbesteuerentwicklung, Einsparungen im Personalbereich aufgrund unbesetzter Stellen, zurückhaltende Bewirtschaftung der Ansätze). So konnte das in den letzten Jahrzehnten stark zusammengeschmolzene Eigenkapital der Stadt in den letzten beiden Jahren um rund 4,5 Mio. Euro erhöht werden.

Die Verkehrswende hat Fahrt aufgenommen. Im Rathaus wurde die Abteilung für Mobilitätsplanung gegründet und mehr Stellenanteile in die Verkehrsplanung gesteckt. Vorher hatte die Fragen von nachhaltiger Mobilität bei der Rathausspitze keine Priorität, jetzt steuert der BM die Prozesse selbst.

Der Nahverkehr wurde ausgebaut. Seit der Kommunalwahl fahren zwei Schnellbusse (Hennef-Uckerath-Asbach // Hennef-Ruppichterath-Waldbröl) durch das Stadtgebiet. Der nördliche Zentralort wird nun durch die geänderte Linienführung 529 erstmals mit der Haltestelle Gartenstraße erschlossen. In Kürze soll die erste Kleinbuslinie in Hennef, der „Siegthühpf“, die Orte im Siegtal zwischen Hennef und Stadt Blankenberg anfahren. Auf vielen Linien (z.B. 527, 578) wurde die Taktung wochentags (halbstündig bis 10-Min.-Takt) und am Wochenende verbessert. Dies sorgt allerdings auch für eine stetig steigende ÖPNV-Umlage im städtischen Haushalt.

Mit der Einführung des 49-Euro-Tickets/Deutschlandtickets gibt es seit Mai ein attraktives Abo-Angebot, das dem „1-Euro-Ticket“ nahekommt. Für Schüler*innen in Hennef kostet das Deutschlandticket nach Entscheidung des BM max. 29 Euro. Davon profitieren auch die nicht freifahrtberechtigten Schüler*innen. Aufgrund der Kostensteigerungen stehen beim VRS Fahrpreiserhöhungen allerdings weiterhin an. Eine Regelung für die AST-Nutzung für Schüler wurde noch nicht gefunden.

- Wir brauchen ein umfassendes Mobilitätskonzept für Hennef, das alle Verkehrsarten sinnvoll miteinander verknüpft und den einfachen Umstieg etwa vom Auto auf den Nahverkehr ermöglicht. Dazu zählt der Ausbau von Bahnhöfen und Haltestellen zu Mobilstationen, mehr Park&Ride-Flächen, ein interkommunales Leihfahrradsystem, zusätzliche Infrastruktur für E-Mobilität oder andere neue Antriebssysteme, Carsharing-Projekte wie „Dorfautos“ und weitere moderne Verkehrskonzepte. Verkehrs- und Stadtplanung wurde immer vom Auto her gedacht. Wir wollen den öffentlichen Raum nun zugunsten anderer Mobilitätsarten gerechter verteilen, damit die Verkehrswende gelingen kann.
- Der Radverkehr ist ein Stiefkind in Hennef. Wir machen Hennef fahrradfreundlich. Wir wollen den Radverkehr massiv stärken, für mehr sichere Radwege und genügend kostenfreie Fahrradabstellplätze an zentralen Orten sorgen. Besonders am Hennefer Bahnhof brauchen wir endlich eine „Radstation“.
- Um das Verkehrschaos in der Hennefer Innenstadt zu beenden, brauchen wir mutige Lösungen statt das immer gleiche Klein-Klein. Bei einem stetigen Bevölkerungszuwachs, muss auch die Infrastruktur mitwachsen. Die Bahnunterführung an der Bröltalstraße muss endlich gebaut, die Siegbrücke bei Allner erweitert werden. Für das unmittelbare Stadtzentrum wollen wir einen „City-Ring“ schaffen. Durch einen solchen kurzen Einbahnstraßenring entsteht auf der Frankfurter Straße mehr Raum für alle Verkehrsarten und eine ansprechende Stadtgestaltung. Radfahrer*innen und Fußgänger*innen können so sicherer in der Stadt unterwegs sein. Wir wollen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von max. 30 km/h im gesamten Innenstadtbereich und eine sinnvolle Parkraumbewirtschaftung. Die Bonner Straße soll durch mehr Überwege und „Tempo 30“ sicherer werden. Den „Schulcampus“ wollen wir für unsere Schülerinnen und Schüler autofrei machen.
- Eine Ortsumgehung für Uckerath ist unerlässlich. Der Verkehr auf der B8 und damit die Belastung für die Menschen und die Luftqualität vor Ort nehmen immer weiter zu. Wir setzen auf einen transparenten und ergebnisoffenen Planungsprozess mit umfassender Bürgerbeteiligung, um eine möglichst faire Lösung für alle zu finden. Dazu sprechen wir uns für einen Bau in Tunnel- oder Troglage aus, um den Eingriff ins Landschaftsbild und Sicht- bzw. Lärmbelastung möglichst gering zu halten.

Das Mobilitätskonzept, der Masterplan Mobilität, wird mit einem aufwendigen Beteiligungsprozess erstellt und verfolgt die beschriebenen Ziele. Ein interkommunales Leihfahrradsystem wurde erfolgreich etabliert (RSVG-Bike inkl. E-Bikes, Lastenrad). Die Aufwertung des Bahnhofs (digitales System) ist beauftragt, ein Mobilstationen-Konzept liegt vor. Eine Planung für den Haltepunkt Blankenberg inkl. Ausbau P&R und E-Bike-System wird aktuell erstellt. Der P&R-Parkplatz Siegbogen bleibt aufgrund der Entscheidung zum neuen Feuerwehrstandort erhalten und verfügt nun über eine E-Bike-Station.

Der Radverkehr in Hennef wird gestärkt. Die Bewertung im ADFC-Fahrradklimatest zeigt nach oben. Für die geplante, von SPD, Grünen und FDP getragene, Radstation hat der Bund eine Förderung von 3,67 Mio. Euro zugesagt (modellhaftes Projekt). So entstehen rund 420 sichere Abstellplätze und ein Service-Angebot am Bahnhof Hennef. Radpendlerrouten (Hennef-Happerschoß/ Hennef-Uckerath / Hennef-SanktAugustin) entstehen, genauso wie Fahrradstraßen. Radwegprojekte wurden an verschiedenen zuständigen Stellen wieder aufgenommen (u.a. K36 Lauthausen-Allner, Westerhausen-Kurscheid, K19 Blankenberg-Süchterscheid, K6 Dahlhausen-Landesgrenze, L268 Niederscheid-Süchterscheid, B8 Wasserheiß-Landesgrenze). Zusätzliche Radabstellanlagen werden im Stadtgebiet aufgestellt (u.a. unter Umnutzung von Parkplätzen). Die SPD hat die Prüfung einer Brücke über die Hanfbachmündung im Zentrum angeregt, um die Unterbrechung des Siegtalradweges zu beenden.

Der „City-Ring“ wird im Rahmen des Lupenraums „Frankfurter Str.“ im Masterplan Mobilität beraten. Hier zeichnet sich derzeit noch keine mehrheitsfähige Lösung ab. Der Einzelhandel spricht sich massiv gegen jede Form der Änderung der Verkehrsführung aus. Für die Bahnunterführung liegen die Vorplanungen vor, für die Siegbrücke sind die Planunterlagen bei der Planfeststellungsbehörde eingereicht. Einen Zeitplan gibt es noch nicht. Die Stadt drängt permanent auf eine Umsetzung der Maßnahmen. Die Stadt Hennef ist der Städte-Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ beigetreten, die vom Bundesverkehrsminister mit einer Novelle der StVO mehr Handlungsspielräume für u.a. Tempo 30 einfordert. Der Verkehrsversuch „autofreier Schulcampus“ läuft seit April.

Für die Ortsumgehung hat die Stadt Hennef die Planungen im Auftrag des Landes mittels Verwaltungsvereinbarung übernommen. Zwei Ausschreibungen für eine Umweltverträglichkeitsstudie verliefen ohne Abgabe von Angeboten von Fachbüros. Insofern gibt es keinen neuen Sachstand. Das Land nimmt sich selbst aus der Verantwortung.

- Den Verkehrslärm wollen wir verringern. Dazu braucht es mehr Lärmschutz und wirkungsvolle Beschränkungen am Flughafen Köln/Bonn, die den Interessen der Anlieger*innen Rechnung tragen. Wenigstens das Nachtflugverbot für Passagiermaschinen muss endlich kommen.
- Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen steht für uns ganz oben bei der Gestaltung von Verkehrsflächen und –wegen vor Ort, vor allem die Schulwegsicherheit. In den Erhalt des kommunalen Straßennetzes müssen wir investieren und für eine sinnvolle Koordination von Baustellen sorgen. Wir unterstützen die SPD in NRW dabei, die ungerechten Straßenausbaubeiträge für Anlieger*innen abzuschaffen.

Volle Energie für Umwelt und Klima

Eine nachhaltige Mobilitätspolitik ist der zentrale Baustein für Klima- und Umweltschutz vor Ort. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von weiteren Punkten, bei denen gilt: *Global denken, lokal handeln*. Der Klimawandel und seine Folgen sind real. Wir wollen unsere Umwelt in Hennef so erhalten, dass auch unsere Nachkommen noch gut und gerne in unserer Stadt leben können/wollen. In den vergangenen Jahren hat die SPD dazu viele Projekte angestoßen, die wir mit neuen Mehrheiten verstärken werden:

- Wir setzen auf einen entschlossenen und gerechten Klimaschutz vor Ort. Unsere Masterpläne sind nicht für die Schublade, sondern müssen quantifiziert und mit Zielzahlen überwacht und fortgeschrieben werden. Dabei achten wir auch auf die Menschen, die Sorge vor steigenden Energiekosten haben müssen. Klimaschutz darf kein Hobby für Besserverdienende sein, sonst wird er keinen Erfolg haben.
- Den Ausbau erneuerbarer Energien treiben wir voran. Wir achten bei städtischen Gebäuden sowie bei Neubaugebieten verstärkt auf Belange des Klimaschutzes, etwa durch

Die Forderung war (erwartungsgemäß) bisher nicht erfolgreich. Auch eine leichte Verschiebung von Flugrouten ließ sich in der Fluglärmkommission durch das Auslösen von Betroffenheiten anderer nicht durchsetzen. Die neue schwarz-grüne Landesregierung unternimmt laut KoA-Vertrag nichts in Richtung Nachtflugverbot. Das Straßennetz wird saniert, die kommunalen Straßen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel (Kümpel-Edgoven, Bergstr., Schächer, Frankf. Str., Sövenstr. Schwimmbad, Wellesberg, Theishohn, Halmsharf, Derenbach, Büllesfeld). Weitere Straßen konnten unter Hinzuziehung von Fördermitteln saniert werden (z.B. Ackerstraße bis Hüchel, Krabachtal, geplant Oberauel bis Bödingen). Einige klassifizierte Straßen wurden ebenfalls saniert (L125 bei Edgoven, L268 bei Wellesberg sowie Niederscheid bis L333, B8 Höhe Käsberg, L331 in Folge Starkregen, L316 Allner). Die Stadt drängt dabei auch auf die Sanierung von straßenbegleitenden Radwegen (z.B. erfolgt L125, L331).

Die SPD hat einen Grundsatzbeschluss beantragt, bei Straßenbau künftig direkt verkehrsberuhigende Elemente einzubauen. Geschwindigkeitsbegrenzungen, Einengungen, Überwege werden im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten umgesetzt.

Die Anliegerbeiträge wurden durch das Land NRW nicht abgeschafft, sondern ein kompliziertes bürokratisches System geschaffen, bei dem nach Endabrechnung eine Landesförderung für die Anliegerbeiträge fließen kann.

Das Klimaschutzkonzept wird fortgeschrieben und unter dem Ziel der Klimaneutralität geschärft. Die beiden halben Stellen für die Klimaschutzmanagerinnen wurden nach Auslauf der Förderung im Stellenplan verstetigt. Ein Klimabeirat wurde eingerichtet, für alle Beschlussvorlagen des Rates/der Ausschüsse wurde ein „Klimacheck“ eingeführt. Für den städtischen Fuhrpark werden nur noch E-Autos beschafft, Ausnahmen sind durch den BM zu genehmigen. Für die Stadt wird Strom aus erneuerbaren Energien bezogen. Ein Programm zum Austausch alter, ineffizienter Haushaltsgeräte für SGB XII-Bezieher wird derzeit erstellt. Die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung spart rund 400.000 Kilowattstunden Strom im Jahr, die Umstellung auf LED wird schrittweise betrieben.

Die Leistung der PV-Anlagen auf städtischen Flächen wurde seit 2020 auf über 300 kWp verdoppelt (neue Anlagen Gymnasium, Rathaus, KGS, Kläranlage Dondorf,

Photovoltaikanlagen, Geothermie oder Dachbegrünung, aber auch durch Bauvorgaben z.B. hinsichtlich Dachneigungen und -ausrichtungen. Auch die Auswirkungen des Klimawandels (Starkregenereignisse, Dürrephasen etc.) müssen in die Stadtplanung konkret einfließen. Alle möglichen Flächen im städtischen Eigentum wollen wir für Solaranlagen zur Verfügung stellen.

- Um die privaten Haushalte und die lokale Wirtschaft zu unterstützen, setzen wir auch ein umfangreiches und kostenloses Beratungsangebot hinsichtlich Energieeffizienz, Sanierung und Nutzung erneuerbarer Energien in Hennef.
- Wir wollen ein effektives und nachhaltiges Aufforstungsprogramm für Hennef.

Feuerwehrrhäuser Söven/Blankenberg). Ein weiterer Ausbau steht an (u.a. Kläranlage, Baubetriebshof). Der Ausbau geht zurück auf eine von der SPD beantragte Untersuchung von Potenzialflächen. Für weitere städtische Flächen wird gemeinsam mit der Energieagentur ein Betreibermodell entwickelt. Die SPD regte die Nutzung von bereits versiegelten Flächen, wie Parkplätzen an. Potenzialflächen für Freiflächen-PV hat die Stadt bei der Bezirksregierung genauso gemeldet, wie Flächen für Windenergie. Bei Neubauprojekten wie den Feuerwehrrhäusern Söven / Stadt Blankenberg wird Wert auf eine nachhaltige Bauweise gelegt (Holzbauweise, PV, Geothermie, Regenwassernutzung, Dachbegrünung). Ein Grundsatzbeschluss (SPD-Antrag) regelt künftig die Festschreibung von Belangen des Klimaschutzes in neuen Bebauungsplänen (z.B. Begrünung, Nutzung von PV etc.) Das Bauordnungsamt geht verstärkt gegen unrechtmäßige Schottergärten vor. Die SPD-Fraktion hat die Förderung von Balkonkraftwerken durch die Stadt beantragt (bisher nicht beschlossen.)

Kommunen über 10.000 Einwohner*innen werden zur kommunalen Wärmeplanung bis 2028 verpflichtet. Die Stadt Hennef hat bereits einen Förderantrag zur finanziellen Unterstützung der städtischen Wärmeplanung (hier vor allem Fern- und Nahwärmenetze) gestellt und beabsichtigt, baldmöglichst mit der Planung zu beginnen.

Die Stadtverwaltung baut ein Klimaanpassungsmanagement (SPD-Antrag) mit Förderung des Bundesumweltministeriums auf. Eine Starkregengefahrenkarte inkl. Maßnahmenkonzept wird erstellt. Ein Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünung (SPD-Antrag) wurde aufgelegt. Ein Hitzeaktionsplan wird mit Förderung des Landes erstellt (SPD-Antrag). Mehrere Spendenprojekte unterstützten die Aufforstung städtischer Waldflächen. Ein Programm für mehr Bäume auf Spielplätzen und Grünflächen ist gestartet. Der Marktplatz wird mehr begrünt und erhält ein Fontänenfeld (SPD-Antrag). Die Stadt entsiegelt und bepflanzt Schulhofflächen (Projekt coole Schulhöfe). Bei den Abwasser-Satzungen wurden Anreize zur Versickerung von Regenwasser berücksichtigt. Planungen für den Gewässerausbau laufen z.T. gemeinsam mit dem Wasserverband (Liemichsgraben, Wolfsbach, Wahnbach, Lüppigsbach, Heltensiefenbach etc.)

Beratung erfolgt in Kooperation mit der Energieagentur. Die Klimaschutzmanagerinnen sind ebenfalls ansprechbar. Seit 2022 wird der Hennefer „Klimatag“ durchgeführt.

Die Aufforstung der ehemaligen Fichtenbestände auf städtischen Flächen ist weitgehend erfolgt. Weitere Baumpflanzungen erfolgen auf städtischen Flächen,

- Den auf unsere Initiative hin entwickelten städtischen „Aktionsplan gegen das Insektensterben“ wollen wir fortschreiben, weiter finanzieren und das Thema Umwelt-, Insekten- und Artenschutz vor Ort etwa mittels Blühstreifen und Blühfelder stärken.
- Mit einem Aktionsplan „plastikfreies Hennef“ wollen wir gegen unnötigen Plastikmüll in Hennef vorgehen, diesen bei städtischen Veranstaltungen vermeiden und Vereine bei der Vermeidung unterstützen. Die Bußgelder für Umweltverschmutzung wollen wir sinnvoll anpassen.
- Umweltschutz kann nur in guter Zusammenarbeit mit der heimischen Landwirtschaft gelingen, die wir mit Vorgaben und Verordnungen nicht alleine lassen werden.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir - neben sozialen Aspekten wie einer gerechten Bezahlung - vor allem auch auf ökologische Belange achten.

II Digital

Die Digitalisierung verändert unser Zusammenleben, die Berufswelt, die Kommunikation – letztlich alle Bereiche des Lebens. Meist wird über die Risiken der Digitalisierung gesprochen. Es gilt aber, die Digitalisierung als Chance zu begreifen, um Fortschritt für alle zu schaffen. In Hennef hat sich gerade auch durch ehrenamtlichen Einsatz in den letzten Jahren einiges getan. Doch Digitalisierung ist eine dauernde Aufgabe und es gibt viel zu tun auf dem Weg zur „Smart City“ Hennef. Wir machen Möglichkeiten zu Wirklichkeiten. Gerade angesichts der Corona-Pandemie zeigen sich Schwachstellen auch im Jahr 2020 schonungslos: Ohne schnelles Internet funktioniert kein Homeoffice, ohne digital vernetzte Verwaltungen lässt sich die Pandemie nicht effizient bekämpfen und ohne digitale Voraussetzungen und geeignete Endgeräte werden Schülerinnen und Schüler beim „Homeschooling“ noch schneller abgehängt. Unsere Digitalisierungsstrategie für Hennef umfasst neun Bereiche:

- Wir sorgen für Zugang für alle. Eine absolute Grundvoraussetzung sind eine digitale Infrastruktur und schnelle Internetverbindungen überall im Stadtgebiet. Diese Aufgabe ist eine fortlaufende, denn das Gigabit-Internet ist keine ferne Zukunftsvision. Wo der Netzausbau wirtschaftlich nicht darstellbar ist, muss die öffentliche Hand einspringen. Auch freie W-LAN-Netze wollen wir weiter ausbauen und offenen Zugang zu Technik und Internet etwa auch in öffentlichen Einrichtungen bereithalten, damit wirklich niemand ausgeschlossen wird.
- Die Digitalisierung der Stadtverwaltung und das Thema E-Government sind große Aufgaben. Sie bietet die Chance, mehr Transparenz und Effizienz im Verwaltungshandeln zu schaffen. Wir wollen eine Stabsstelle Digitalisierung mit einem Chief Digital Officer

Schulhöfen, Spielplätzen. Grundsatzbeschluss (SPD-Antrag) Bäume bei Straßenbaumaßnahmen zu erhalten oder mit dem Faktor 1,5 zu ersetzen.

Der Aktionsplan wurde nicht formell fortgeschrieben, aber in seinem Sinne gehandelt, etwa mit der Einrichtung des „Schaugartens“ (SPD-Antrag) oder der Online-Beteiligung zu Stadtgrün (SPD-Antrag). Beim Umweltamt kann man Samentüten und Info-Material erhalten.

Ein Aktionsplan wurde bisher nicht erstellt, aber eine Müllvermeidungskampagne gestartet. Die SPD hat beantragt, ein einheitliches Mehrwegsystem für die Hennefer Gastronomie zu etablieren. Der Bußgeldkatalog wird nicht in Hennef geregelt.

Der Glasfaserausbau ist gestartet, nachdem die Stadt Bewegung in den Wettbewerb gebracht hat. Die Stadt hat eine Kooperationsvereinbarung mit der „Unsere Grüne Glasfaser“ (UGG) geschlossen. Auch die Telekom möchte in Teilen des Stadtgebietes ausbauen. In der Obergemeinde baut die Deutsche Glasfaser. So entsteht in den nächsten beiden Jahren ein annähernd flächendeckendes Netz mit Anschlüssen bis ins Haus. Die Tiefbauarbeiten werden eng begleitet. Der Ausbau erfolgt eigenwirtschaftlich, also ohne nennenswerte Kosten für den städtischen Haushalt. Das offene W-LAN-Netz wird mit dem Freifunk Rhein-Sieg weiterbetrieben.

Die IT-Abteilung wurde zur Abteilung „IT und Digitalisierung“. Herr Wolfgang Rossenbach wurde zum CDO ernannt. Die Organisationseinheit bleibt jedoch

(CDO) in der Verwaltung schaffen und direkt dem neuen Bürgermeister unterstellen. Außerdem kann durch ein neues digitales Trackingsystem für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger jederzeit nachvollzogen werden, welchen Stand ein Vorgang hat. Möglichst viele Behördengänge sollen durch die Nutzung digitaler Möglichkeiten entfallen bzw. ersetzt werden. Durch das „digitale Rathaus“ werden Kapazitäten in der Verwaltung für andere Aufgaben frei und Bürgerinnen und Bürger sparen Zeit. Dafür müssen wir auch die digitale Weiterbildung der Mitarbeiter*innen stärken.

- Wir nutzen digitale Möglichkeiten in allen Bereichen, um den Alltag der Menschen in Hennef zu erleichtern und Ressourcen zu schonen. So machen wir Hennef zur „Smart City“. Wir wollen möglichst viele digitale Angebote von öffentlichen und ggfs. auch privaten Stellen miteinander verknüpfen. So werden die unterschiedlichen Angebote vor allem der Daseinsfürsorge für alle Bürgerinnen und Bürger einfach, schnell und übersichtlich etwa mittels einer „Hennef-App“ nutzbar. Wir denken Digitalisierung dabei umfassend. Sie kann bei der Verkehrslenkung in der Innenstadt oder On-Demand-Nahverkehrsangeboten bis Bike- und Car-Sharing genauso helfen, wie bei der Fahrgastinformation, dem Kartenverkauf für das städtische Kulturprogramm, der intelligenten Steuerung der Straßenbeleuchtung oder der Sicherstellung der medizinischen Versorgung. „Digitale Dörfer“ sind ein Weg, das Leben auf dem Dorf für alle Altersgruppen zu erleichtern und passgenaue Angebote etwa mittels Lieferservices bereitzustellen. Um all die hier umrissenen Ziele abgestimmt anzugehen, werden wir eine integrierte Digitalisierungsstrategie für Hennef entwickeln und die Bürgerinnen und Bürger mittels digitaler Möglichkeiten daran beteiligen.
- Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen in Hennef kann durch digitale Angebote ausgebaut werden. Wir wollen diese Chancen der E-Partizipation etwa für einen verbesserten Bürgerhaushalt nutzen. Die Ratssitzungen wollen wir im Internet streamen. Die politische Arbeit im Stadtrat werden wir digitalisieren und einen Ausschuss mit Zuständigkeit für die Digitalisierung einrichten, der diese Querschnittsaufgabe koordiniert und politisch begleitet. Selbstverständlich müssen auch analoge Formen der Bürgerbeteiligung beibehalten und sogar ausgebaut werden, etwa durch Einwohnerfragestunden auch vor Fachausschusssitzungen.
- Wir erhöhen die Transparenz von Politik und Verwaltung durch die Bereitstellung von offenen Daten. Echtzeitdaten können etwa im Sinne der Verkehrslenkung, des Umweltschutzes usw. genutzt und ausgewertet werden. Genauso kann Open Data (= offene Verwaltungsdaten) bei politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen helfen und diese nachvollziehbar machen.
- Gleichzeitig setzen wir auf umfangreichen Datenschutz für die Bürgerinnen und Bürger. Die Daten- und Cybersicherheit wird ein immer wichtigeres Feld, bei dem die Stadt und die öffentliche Infrastruktur stark aufgestellt sein müssen.
- Wir fördern Bildungsangebote mit und für digitale Möglichkeiten und halten die Schulen auf dem neusten technischen Stand. Die Möglichkeiten des Online-Lernens müssen für alle

weiterhin in Amt 10 integriert und bildet keine Stabsstelle, dafür gibt es einen Lenkungsausschuss Digitalisierung.

Die Dienstleistungen werden gemäß Onlinezugangsgesetz schrittweise und in Kooperation mit Dritten (andere Kommunen, Land etc.) digitalisiert. Die Terminvergabe im Bürgeramt erfolgt über ein digitales Termin-Tool (anderer Bereiche folgen).

Die Stadt-App „Citykey“ ist seit 2022 verfügbar und bietet unterschiedliche Dienstleistungen und Services an.

SmartCity-Angebote werden ausgebaut und in einer SmartCity-Karte (Parkplätze, Umweltdaten etc.) verknüpft.

Eine Mitfahrapp (Verknüpfung mit Mitfahrbänken) gibt es z.B. seit 2023. Die Stadt nimmt an Forschungsprojekten (z.B. zur smarten Steuerung von Abwassersystemen) teil. Das mit dem Fraunhofer Institut angelaufene Projekt „Innovationszentrum“ wurde durch die erneut notwendige Nutzung der ehemaligen „Brinkmannhalle“ zur Unterbringung von Geflüchteten leider ausgebremst.

Das Digitalisierungskonzept (SPD-Antrag) liegt seit 2021 vor und wird jährlich fortgeschrieben.

Es wurden mehrere Bürgerbeteiligungsprozesse digital durchgeführt, sehr erfolgreich z.B. zum Masterplan Mobilität mit rd. 1.600 Vorschlägen über eine Online-Karte. Die Citykey-App hat ein Umfragetool.

Die Ratssitzungen werden seit 2020 online übertragen (SPD-Antrag). Die Einwohnerfragestunde findet nun vor jeder Ratssitzung statt und kann auch digital genutzt werden. Der Bürgerhaushalt besteht weiterhin nur aus einem Online-Formular. Der Bürgermeister bietet digitale Formate über Facebook/Instagram zur Bürgerbeteiligung an, aber auch neue Offline-Formate (Bürgersprechstunde, Kinder- und Jugendsprechstunde)

Die Stadt Hennef beteiligt sich am OpenDataDay und stellt immer mehr Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Der Datenschutz und die Datensicherheit sind Bestandteil des Digitalisierungskonzeptes.

Der Medienentwicklungsplan wurde 2022 fortgeschrieben und sieht in den nächsten Jahren rund 5 Mio. Euro Investitionen vor. Die Mittel aus dem Digitalpakt wurden

Schülerinnen und Schüler gegeben sein. Angebote der Weiterbildung werden wir gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausbauen müssen, damit sich alle dem digitalen Wandel auf dem Arbeitsmarkt stellen können. Das „Machwerk“ werden wir dauerhaft als Bildungs- und Begegnungsort in Hennef finanziell absichern und sind ähnlichen ehrenamtlichen Initiativen aufgeschlossen.

- Digitalisierung ist Wirtschaftsförderung. Eine digitale Stadt ist ein Standortvorteil für unser Hennef. Gleichzeitig können digitale Angebote genutzt werden, um etwa den Online- und Offline-Einzelhandel zu verknüpfen und zukunftsfähig zu machen. Auch der Tourismus kann über digitale Angebote gefördert werden.
- Bei allem setzen wir auf eine möglichst breite Kooperation in der Region, um kompatible Lösungen zu finden. Das Ehrenamt in Vereinen und Institutionen soll an der Digitalisierungsstrategie und den daraus resultierenden neuen Möglichkeiten partizipieren und profitieren.

III Gerech

Wohnen, wie wir es hier brauchen

Wohnen ist die soziale Frage des aktuellen Jahrzehnts. Die Mieten steigen immer weiter. Auch Bauen ist für viele unerschwinglich. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis 2030 rund 30.000 Wohneinheiten. Das Wachstum in der Region stellt uns vor große Herausforderungen. Schaffen wir keinen neuen Wohnraum, wird Wohnen in Hennef für viele unerschwinglich werden. Wir wollen nicht, dass Menschen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Wohnung ausgeben müssen oder sogar aus ihrer Heimat vertrieben werden. Das ist nicht gerecht. Wir wollen den Menschen Sicherheit geben, auch in Zukunft in ihrer Stadt leben zu können. Wir begreifen das Wachstum als Chance und wollen es mit Augenmaß gestalten. Das bedeutet, dass auch die Infrastruktur mit dieser Entwicklung schritthalten muss. Wir brauchen keine Beruhigungsspillen in Arbeitskreisen für besorgte Kommunalpolitiker, sondern endlich wirkungsvolle Rezepte. Unser Masterplan Wohnen umfasst:

- Wir schaffen den Wohnraum, der in Hennef gebraucht wird: bezahlbar, barrierearm, altersgerecht, für große Familien und für Singles, für Jung und Alt.
- Die Stadt soll größtmöglichen Einfluss auf Planungen nehmen. Wir wollen alle planungsrechtlichen Mittel nutzen, um bezahlbaren Wohnraum und sozial vernünftig gemischte Viertel zu schaffen. Über städtebauliche Verträge wollen wir in zentralen Lagen mindestens 30% dringend benötigten geförderten Wohnungsbau vorschreiben. Städtische Grundstücke wollen wir vorrangig in Erbpacht entwickeln und nicht meistbietend verschern.
- Zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum setzen wir auf eine gute Zusammenarbeit mit verschiedenen Investoren, mit der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft und wollen selbst eine städtische Wohnungsbaugesellschaft ins Leben rufen. Nur so bleiben Wohnungen dauerhaft im öffentlichen Zugriff der Stadt.

abgerufen und in die Schul-IT investiert. Es stehen aktuell 1.500 Endgeräte bereit. Der Bestand soll dauerhaft gesichert (d.h. Support und Ersatzbeschaffung) und bei Förderprogrammen von Bund/Land ausgebaut werden.

Die finanzielle Unterstützung für das Machwerk konnte wie vereinbart durchgesetzt werden, läuft aber nach der Anschubfinanzierung beschlussgemäß aus. Stattdessen wurde ein Förderprogramm „digitales Ehrenamt“ aufgelegt (5.000 Euro jährlich).

Die Wirtschaftsförderung bietet in unterschiedlichen Kooperationen Angebote zur Unterstützung der Digitalisierung der Hennefer Wirtschaft an. Der Tourismus wird über zwei Online-Stelen in Hennef und Stadt Blankenberg unterstützt.

Ein enger Austausch unter den Digitalisierungsbeauftragten im Rhein-Sieg-Kreis findet statt. Hennef und das Digitalisierungskonzept dienen dabei als Vorbild für andere Kommunen.

Die Situation bleibt extrem angespannt, nicht zuletzt wegen des weiterhin großen Zuzuges von geflüchteten Menschen, die in Hennef vielfach in Wohnungen (über 80 angemietete Objekte im Stadtgebiet) untergebracht werden können. Zwei große Gemeinschaftsunterkünfte sind derzeit in Betrieb. Die Sporthalle am Kuckuck bleibt in Einsatzbereitschaft.

Der weitgehend wirkungslose Arbeitskreis Wohnen wurde abgeschafft. Der Planungsausschuss heißt nun Ausschuss für Stadtplanung und Wohnen.

Die Stadtverwaltung hat ein Handlungskonzept „gemeinwohlorientierter Wohnungsbau“ von einem Fachbüro erstellen lassen, das mehrere wirksame Werkzeuge zur Realisierung von bezahlbarem Wohnraum anhand konkreter Praxisbeispiele empfiehlt. Die Ratsmehrheit (CDU, FDP, Unab.) hat das Konzept und die Beauftragung der Verwaltung, die beschriebenen Maßnahmen (Quotenregelung, Entwicklung von Flächen durch die Stadt etc.) vorzubereiten, abgelehnt. Die Verwaltung wurde stattdessen beauftragt, ein eigenes Konzept zu schreiben (Verzögerungstaktik statt wirksamer Schritte). Eine Quotenregelung für geförderten Wohnungsbau in zentralen Lagen (SPD-Antrag) wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Die Realisierung von bezahlbarem Wohnraum, hier also vor allem geförderten Wohnungsbau, ist unter dem neuen Bürgermeister ein Kernziel der Stadtplanung.

- Ungenutzte bebaubare Grundstücke in guter Lage müssen wir entwickeln. Die Stadt soll hier beratend tätig sein. Bei allen Bebauungsplänen werden wir auf eine sinnvolle Sozialraumplanung achten. Das bedeutet z.B. die Bereitstellung sozialer Infrastruktur, den Anschluss an den Nahverkehr und die Schaffung von grünen Freiräumen statt Betonwüsten.
- Auf die z.T. riesigen Gewinne durch die Schaffung von Bauland wollen wir anteilig eine „Infrastrukturabgabe“ für die Allgemeinheit und die Schaffung notwendiger Infrastruktur erheben.
- Leerstand und Baulücken wollen wir nutzbar machen, die Wohnberatung stärken. Auch das generationsübergreifende Wohnen und Leben auf den Dörfern und der Stadt wollen wir fördern und Beratungsangebote erarbeiten.

Beste Bildung für gleiche Chancen

Bildung ist der Schlüssel für ein gutes Leben. Wir haben in Hennef auch Dank des jahrzehntelangen Einsatzes der SPD eine gute Schullandschaft und ein ausgezeichnetes Bildungsangebot. Da wir um die Bedeutung von Bildung für gerechte Lebenschancen für alle wissen, investieren wir weiterhin in die städtischen Angebote:

- Jede*r Schüler*in muss in Hennef einen Schulplatz finden. Dazu braucht es ein abgestimmtes und faires Anmeldeverfahren an unseren Schulen. Wir werden alle städtischen Schulen gleichermaßen fördern.
- Schulgebäude sind ein zentraler Raum des Lebens junger Leute. Sie müssen die bestausgestatteten Gebäude der Stadt sein. Die technische Ausstattung muss mit dem

Als Dezernent für Stadtplanung nimmt er auf Projekte direkten Einfluss (hier z.B. Neubau Kreissparkasse). Während in der letzten Amtszeit des CDU-Bürgermeisters (2014-20) der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen in Hennef fast halbiert wurde, wird in den nächsten Jahren voraussichtlich ein Zuwachs von 30 bis 40 Prozent an geförderten Wohnungen erreicht. Die Trendumkehr ist trotz konservativem Störfeuer geschafft. Die Nutzung unbebauter Grundstücke und die Frage einer „Infrastrukturabgabe“ etwa für Kita-Plätze war Teil des von der Ratsmehrheit abgelehnten Konzeptes.

Für Hennef wird aktuell erstmals ein qualifizierter Mietspiegel erstellt, um Mieter*innen durch Rechtssicherheit besser vor überzogenen Mietsteigerungen zu schützen.

Im Rathaus wurde die Wohnraumvermittlung verstetigt, sodass Menschen mit Wohnberechtigungsschein eine Ansprechperson für die Wohnungssuche haben. Aufgrund der Ausweitung des Wohngeldanspruches wird zusätzliches Personal bereitgestellt. Die Zusammenarbeit mit dem SKM zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit und zur Betreuung der Obdachlosenunterkunft wird fortgesetzt. Die Stadt betreibt Wohngruppenprojekte für Frauen und für junge Männer mit Unterstützungsbedarf.

Das vom Ex-Bürgermeister aufgesetzte Projekte „Kantelberg“ (Uckerath Süd/Ost) wurde gestoppt. Das Umlegungsverfahren hätte zu extrem hohen Kosten für die Stadt geführt (Verlust von min. 15 Mio. Euro) und am Ende eine Art Villenviertel ohne Einfluss der Stadt geschaffen. Sowohl das städtebauliche Konzept als auch das Umlegungsverfahren waren ungeeignet. Die Entwicklung des Gebietes ist aufgrund des hohen Drucks auf den Wohnungsmarkt dennoch erforderlich. Die Ratsmehrheit (CDU, FDP, Unabn) beschloss jedoch erneut die Situation ignorierend, dass die Verwaltung keine alternativen Überlegungen anstellen sollte.

Beim Anmeldeverfahren zu den weiterführenden Schulen ist es in den vergangenen Jahren zu keinen Problemen gekommen. Es stehen ausreichend Schulplätze zur Verfügung. Die Gesamtschule Hennef-West etabliert sich zunehmend. Das Raumangebot des Gymnasiums muss mit Blick auf die Rückkehr zu G9 erweitert werden.

Die Sanierung von Schulgebäuden ist im Rahmen der haushaltstechnischen Möglichkeiten vorgesehen: die Grundschule Hanftalstraße erhält eine neue Fassade

technischen Fortschritt schritthalten. So können die Möglichkeiten digitalen Lernens weiter ausgebaut werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass jedes Kind ein digitales Endgerät bekommt.

- Wir schaffen Plätze in der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) für alle Kinder und Familien, die einen Platz in diesem Angebot in Anspruch nehmen wollen. Wir fordern bei der Landesregierung weiterhin eine gebundene Ganztagsgrundschule als neues Angebot in Hennef ein.
- Für die schulische Inklusion schaffen wir als Schulträger die nötigen räumlichen Voraussetzungen und fordern vom Land, auch die personellen Voraussetzungen zu schaffen.
- Wir werden die Schulsozialarbeit weiter sichern und stärken. Jede Schule braucht mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit.
- Wir wollen in allen Einrichtungen ein qualitativ hochwertiges, nachhaltiges und für alle bezahlbares Frühstücks- bzw./und Mittagessenangebot.
- Die Angebote der Volkshochschule sind wichtig und sollen für alle leicht zugänglich sein.

Familien und junge Leute unterstützen

Hennef ist eine junge Stadt. Damit das so bleibt, stärken wir die Familienfreundlichkeit. Wir wollen Familie fördern und ein attraktiver Wohn- und Lebensort für sie sein. Längst stehen wir dabei mit dem Nachbarbundesland oder anderen Kommunen in einem Wettbewerb, etwa bei den Kita-Gebühren. Es ist ungerecht, wenn die Belastungen für Familien vom Wohnort abhängen. Unser Plan für Familien, Kinder und Jugendliche in Hennef umfasst:

- Bildung muss gebührenfrei für alle zugänglich sein. Wir wollen die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in Hennef schrittweise abschaffen. Das entlastet viele Familien ganz konkret. Gleichzeitig müssen wir für ausreichende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Betreuungsplätze mit bedarfsgerechten Betreuungszeiten sorgen. Auch während der Schulferien braucht es Angebote, damit Familie und Beruf gut vereinbar sind.

sowie eine neue Sporthalle (rd. 24 Mio. Euro insgesamt). Die Förderschule in der Geisbach erhält ein neues Schulgebäude im ehemaligen Conet-Gebäude (rd. 13 Mio.). Die Sanierung der Fassade des Gymnasiums steht ebenfalls in den nächsten Jahren an. Das Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises wurde umfangreich saniert. Die digitale Ausstattung wird gemäß Medienentwicklungsplan erneuert und betrieben. Digitale Endgeräte können aktuell für Schüler*innen mit Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

Es stehen weiterhin nicht genügend OGS-Plätze zur Verfügung. Mehrere neue Gruppen konnten eingerichtet werden. Die kurzfristige Personalwerbekampagne mit dem Träger Betreute Schulen e.V. war erfolgreich. An allen Grundschulstandorten sind Ausbaumaßnahmen mit Blick auf den Rechtsanspruch ab 26/27 erforderlich. Eine Ausbauplanung (SPD-Antrag) wird erstellt. Eine erste Planung liegt für die GGS Söven vor, wird für die GGS Siegtal aktuell erstellt. Die Raumprobleme an der Hanftalgrundschule lösen sich durch die Verlagerung der Förderschule. Klare rechtliche Regelung hat das Land bisher nicht vorgelegt.

Die Schulsozialarbeit läuft derzeit als freiwillige Leistung im bisherigen Umfang weiter, auch wenn die Landesförderung reduziert wurde.

Die Abschaffung der Elternbeiträge ist in der Haushaltssicherung nur möglich, wenn die Grundsteuer im gleichen Maße (rd. 2 Mio. Euro) angehoben wird. Daher ist dies bisher nicht erfolgt. Die Elternbeiträge decken nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten, die im städtischen Haushalt stetig ansteigen. Eine Erhöhung der Elternbeiträge ist seit 2020 trotz Kostensteigerungen jedoch nicht erfolgt (SPD-Antrag). Die Beitragsfreiheit wurde auf Familien bis zu einem Einkommen von 30.000 Euro ausgeweitet (SPD-Antrag). Die Gegenfinanzierung über weitere Beitragsgruppen für höchste Einkommen hat die Ratsmehrheit abgelehnt. Damit zahlen Familien mit Jahreseinkommen von knapp über 90.000 Euro weiterhin genauso hohe Gebühren wie Spitzenverdiener mit z.B. 150.000 Euro. Die

- Für Familien wollen wir kreisweit eine „Familienkarte“ einführen, die Vergünstigungen etwa bei Eintrittsgeldern oder Dienstleistungen von Kooperationspartnern bieten soll.
- Angebote der frühen Hilfe für junge Familien wollen wir stärken.
- Die offene und aufsuchende Jugendarbeit in Hennef, wie etwa das Kinder- und Jugendhaus, den Jugendpark oder das Streetwork, werden wir nicht dem Rotstift opfern, sondern weiter ausbauen. Dieser präventive Ansatz zahlt sich hinterher mehrfach aus. Die Angebote wollen wir weiter auch für die Bedürfnisse von homo-, bi-, inter- und transsexuellen jungen Menschen sensibilisieren. An der Weiterentwicklung werden wir Kinder und Jugendliche mit ihren Wünschen direkt beteiligen. Das Junge Parlament soll ein eigenes Budget bekommen.
- Wir sorgen in Kooperation mit den Dorfvereinen flächendeckend für attraktive und sichere Spielplätze, die regelmäßig kontrolliert und erneuert werden. Dabei soll die Barrierefreiheit für Kinder mit Handicap eine stärkere Rolle spielen.
- Für Jugendliche und junge Erwachsene wollen wir mehr attraktive freie und selbstgestaltete Räume für ihre Freizeitgestaltung in Hennef zur Verfügung stellen.

Landtagswahl brachte nicht den erhofften Erfolg und die Abschaffung der Kita-Gebühren in NRW. Die Landesregierung hat ein drittes beitragsfreies Kita-Jahr bisher lediglich angekündigt, aber nicht konkretisiert.

Die Anzahl der Kita-Plätze ist weiterhin nicht bedarfsdeckend. Im U3-Bereich gibt es eine deutliche Unterdeckung an Plätzen. Für drei neue Kita-Gruppen konnte in diesem Jahr Raum geschaffen werden (Anbauten in Dambroich und Uckerath, rd. 2,5 Mio. Euro). Es besteht unter Auflösung aller Überbelegungen ein Bedarf an weiteren 12 Kita-Gruppen. Die Planung für eine Kita neben der Meiersheide (SPD-Antrag) wurden begonnen. Weitere Grundstücke werden gesucht, vor allem Bereich Uckerath.

Die Personalsituation ist extrem angespannt, weil landesweit Fachkräfte fehlen. Die kreative Personalwerbekampagne der Stadtverwaltung für die städtischen Kitas war jedoch ein großer Erfolg und führte zu zahlreichen Einstellungen. Es soll künftig wieder ein Springer-Pool aufgebaut werden, um Ausfälle besser auszugleichen. Die Ausbildungskapazitäten (PIA) wurden noch einmal ausgebaut und die Alltagshelfer im Stellenplan verstetigt.

Es wurden zusätzliche Stellen im Bereich Frühe Hilfen, Präventionsketten und Gefährdungssofortdienst beim Jugendamt geschaffen.

Angebote der Kinder- und Jugendarbeit wurden nicht gekürzt. Die Kontaktstelle „OFFBEAT“ für queere Jugendliche wurde in Hennef erstmals etabliert. Das Junge Parlament hat kein eigenes Budget, kann in diesem Jahr allerdings über die Verteilung von rund 150.000 Euro Bundesgeldern für Angebote der Jugendarbeit entscheiden. Vertreter*innen des Jungen Parlamentes können an einzelnen Fachausschüssen des Rates beratend teilnehmen.

Die Kooperation läuft in bewährter Form. Die SPD hat neue Spielflächen für Hüchel und Uckerath sowie auf der Friedhofserweiterungsfläche Steinstraße angestoßen. In Stadt Blankenberg entsteht in Kürze der Hangspielplatz an der Stadtmauer. Aufgewertet wurden u.a. der Spielplatz Zur Mühle am Hanfbach, der Spielplatz Bürgerberg in Edgoven und der Spielplatz in Weldergoven.

Die Schaffung von Treffpunkten für Jugendliche gestaltet sich überall im Stadtgebiet problematisch, aufgrund der Anwohnerbeschwerden. Planungen existieren bzw. werden schrittweise umgesetzt für Söven und Weingartsgasse.

Das Dorfleben stärken

Dorfkinder müssen unter ebenso guten Bedingungen aufwachsen können wie Kinder in der Stadt. Hennef ist die „Stadt der 100 Dörfer“. Das bringt viele strukturelle Herausforderungen mit sich. Wir wollen das Dorfleben stärken und das Leben auf dem Land attraktiv machen. Niemand soll sich Sorgen machen müssen, den Anschluss zu verlieren. Dazu werden wir die Aktion „starke Dörfer“ starten:

- Die Dörfer dürfen gegenüber dem Stadtzentrum nicht abgehängt werden. Es braucht u.a. schnelles Internet, Nahversorgung, ärztliche Versorgung und einen guten Nahverkehr. Dabei nehmen wir alle Dörfer gleichermaßen in den Blick und nutzen die Chancen der Digitalisierung etwa über digitale Vernetzungs-, Bestell- oder Lieferportale oder On-Demand-Angebote.
- Das Angebot der offenen Jugendarbeit wurde auf Antrag der SPD auch für die Außenorte ausgebaut. Wir wollen das Projekt „JWD - Jugend weit draußen“ auch in den kommenden Jahren fortführen und - wo nötig - ausbauen.
- Wir wollen das Altwerden auch in den Dörfern ermöglichen. Dazu müssen wir die medizinische Versorgung sichern, für geeigneten, altersgerechten Wohnraum und für eine gute Nahversorgung vor Ort sorgen.
- Die kleinen Dorffriedhöfe wollen wir als wichtige emotionale Orte für die Menschen, das Zusammenleben und die Dorfgeschichte erhalten. Gleichzeitig verfolgen wir das Ziel, die Friedhofsgebührenschaube nicht immer weiterzudrehen. Dies muss auch ohne die ungerechte Schließung von Friedhofsanlagen gelingen.
- Wir werden die dörflichen Strukturen erhalten. Eine bauliche Entwicklung muss im Rahmen des rechtlich zulässigen aber auch in den Dörfern möglich bleiben. Dazu sind u.a. Außenbereichssatzungen ein geeignetes Mittel.
- Wir wollen Zusammenhalt vor Ort organisieren. Dazu braucht es Räume der Begegnung, auch wenn die letzte Dorfkneipe geschlossen hat. Es braucht Treffpunkte und Veranstaltungsräume vor Ort, damit sich das Dorfleben gemeinschaftlich weiterentwickeln kann. Für die Dorfentwicklung und Dorfgestaltung wollen wir ein städtisches Förderprogramm auflegen und übergeordnete Fördermittel gezielt nach Hennef holen. Die vielen Dorf-, Bürger- und Heimatvereine werden wir nach Kräften unterstützen.
- Das Integrierte Handlungskonzept für Stadt Blankenberg unterstützen wir in kritischer Begleitung. Wir wollen die historischen Anlagen dauerhaft für die Nachwelt sichern, die Verkehrssituation vor Ort verbessern und den Tourismus in geordnete Bahnen lenken, dabei aber auch den Kostenrahmen im Auge behalten.

D
ie Dorfkoordination im Rathaus wurde fortgesetzt und auf mehrere Schultern verteilt bzw. mit mehr Kapazitäten gestärkt.

Der Glasfaserausbau läuft und ist auf Drängen der Stadt auch in ländlichen Bereichen gestartet. Verbesserung des Busangebotes (s.o.)

Das Angebot JWD wurde verstetigt.

Das Projekt Seniorenwohnen in Uckerath ist aufgrund der wirtschaftlichen Situation vorerst durch den Investor nicht weiterverfolgt worden.

Die Dorffriedhöfe bleiben für die Zukunft erhalten. Gleichzeitig konnten die Friedhofsgebühren teils deutlich um vierstellige Beträge gesenkt werden (reduzierte Flächen und Standards, Höherer Zuschuss Haushalt, kürzere Ruhefristen Urnen).

Außenbereichssatzungen und Klarstellungssatzungen werden gemäß der Beschlusslage erstellt.

Neue Gemeinschaftsräume entstehen mit dem Kultur- und Heimathaus in Stadt Blankenberg (5,5 Mio. Euro Städtebauförderung). Das alte Feuerwehrhaus in Söven soll für eine multifunktionale Nutzung für die Vereine und Dorfgemeinschaft umgebaut werden. Der Landgasthof in Bröl soll auch in Zukunft als städtisches Gebäude für Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Die Stadt Hennef hat sich gemeinsam mit ihren Nachbarkommunen erfolgreich als LEADER-REGION beworben, sodass in den nächsten Jahren rund 3,1 Mio. Euro für Projekte der Dorfentwicklung zur Verfügung stehen.

Das InHK wurde im neu gegründeten Projektbeirat nach der Wahl umfassend beraten. Im Ergebnis stimmte eine große Mehrheit aus CDU, SPD und FDP für die Umsetzung der Projekte mit genauem Blick auf die Kosten. Nur so fließen rund 15 Mio. Euro aus der Städtebauförderung nach Stadt Blankenberg. Die Mauersanierung (22 Mio.) und der Neubau des Feuerwehrhauses (8 Mio.) sind ohnehin zwingend erforderlich. Insofern würden für den bloßen Erhalt des Status Quo unter Verzicht

IV Stark

Wirtschaft stärken, Arbeit sichern

Die Corona-Krise traf und trifft nicht nur unser persönliches Leben, sondern auch die Wirtschaft in den unterschiedlichsten Bereichen hart. Die große Koalition in Berlin hat in einem großen Kraftakt umfangreiche Unterstützungsangebote und Milliarden-Programme auf den Weg gebracht, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu sichern. Wir werden als SPD vor Ort alles dafür tun, dass Hennef stark aus der Krise herauskommt. Die Krise zeigt deutlich: Ein starker, solidarischer Staat schützt. Das gilt auch kommunal. *Wir wollen eine starke, solidarische Stadt, die jede Krise meistern kann.*

- Für uns gilt jetzt: Vorfahrt für gute Arbeitsplätze vor Ort. Dazu werden wir alle nötigen und möglichen Maßnahmen umsetzen, um Selbstständige, den Einzelhandel, die Gastronomie, kleine und große Unternehmen in Hennef in Zeiten der wirtschaftlichen Krise zu unterstützen.
- Wir schaffen Voraussetzungen für Innovation und gute Arbeit in Hennef. Dafür brauchen wir u.a. schnelle Internetanschlüsse überall im Stadtgebiet, gute Verkehrsanbindungen und Kooperationen mit anderen Kommunen und den wissenschaftlichen Einrichtungen in der Region. Gewerbeflächen müssen wir in ausreichendem Umfang zur Verfügung stellen können, damit sich die lokale Wirtschaft entwickeln kann.
- Die städtische Wirtschaftsförderung werden wir stärken und zur Chefsache machen, um Unternehmen und attraktive, das Angebot sinnvoll ergänzende Geschäfte anzusiedeln. Unternehmen brauchen zentrale Anlaufstellen und schnelle Bearbeitung ihrer Anliegen in der Verwaltung. Dazu werden wir einen Wirtschaftsbeirat zum Austausch zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik in Hennef einrichten.

auf die umfangreiche Förderung ähnlich hohe Kosten anfallen, wie für alle Projektinhalte des InHK mit einem Mehrwert für Stadt Blankenberg und die Stadt Hennef. Auf Verkehrsprojekte wird besonderen Wert gelegt, s. z.B. Siegtalhüpfen. Für die Mauersanierung konnte Geld aus der Städtebauförderung, der Denkmalförderung des Landes und Bundesmittel (2,4 Mio. Euro) organisiert werden.

Unternehmen wurden in ihren Entwicklungsinteressen unterstützt, z.B. Bebauungsplan für Fensterbau Rolf in Uckerath (gegen z.B. die Grünen). Auf die Gebühren für Außengastronomie wurde in den Corona-Jahren verzichtet.

Der Glasfaserausbau läuft; Gewerbegebiete wurden vorrangig angeschlossen.

Die Entwicklung des Gewerbegebiet Kleinfeldchen kann erst nach Umbau des Knotenpunktes am Ende der Autobahn erfolgen. Hier hat die Stadt anstelle des Landes die Planungsaufgaben übernommen. Die Entwürfe sind eingereicht. Die SPD hat beantragt, die Grundstücke im neuen Gewerbegebiet anhand einer Nachhaltigkeit-Matrix zu vergeben, um einen nachhaltigen Gewerbepark zu schaffen.

Mit dem Gewerbegebiet Hennef-West nimmt die Stadt an einem Projekt zur Revitalisierung von Gewerbegebieten im Rahmen der REGIONALE 2025 teil. Hier werden Fragen der Erschließung, Digitalisierung, Klimaschutz, Nachverdichtung, Clusterbildung etc. beispielhaft herausgearbeitet.

Die Wirtschaftsförderung wird als freiwillige und im Haushalt defizitäre Leistung fortgesetzt, um die lokale Wirtschaft zu unterstützen. Es finden regelmäßig erfolgreiche Austauschveranstaltungen wie das Unternehmerfrühstück im neuen Format statt. Mittels einer Unternehmensumfrage sollen die Bedarfe der Unternehmen konkret ermittelt werden. Durch die intensive Beratung konnten Firmen am Standort gehalten und neue Firmen angesiedelt werden, wie etwa die Firmenzentrale des Getränkelogistikers „trinks“. Der von der SPD beantragte und von der Verwaltung unterstützte Wirtschaftsbeirat wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt. Unterstützt wird auch das Projekt „Denkschmiede“ durch die Stadt Hennef, d.h. der erste Hennefer Co-Working-Space.

- Für eine attraktive Innenstadt brauchen wir neue Ansätze in der Verkehrs- und Stadtplanung, um den Aufenthalt und den Einkauf in der Innenstadt attraktiver zu machen. Die Menschen müssen gerne und sicher in die Stadt kommen. Dazu wollen wir u.a. eine bessere Anbindung des Zentrums durch Nah- und Radverkehr und eine ausreichende Anzahl an Parkplätzen mit einem intelligenten Parkleitsystem.
- Gegen den Leerstand von Ladenlokalen wollen wir kreativ und entschieden vorgehen und Angebote für eine Zwischennutzung der Lokale oder der Schaufenster (etwa durch Künstler*innen) schaffen.
- Den Wochenmarkt wollen wir vor dem endgültigen Niedergang bewahren, in städtische Regie überführen und vor allem den Handel mit regionalen und saisonalen Produkten fördern. Dazu brauchen wir auch neue Idee wie etwa Abend- oder Themenmärkte.
- Wir werden alle Förderprogramme von EU, Bund und Land nutzen, um Mittel nach Hennef zu holen und für die Bürgerinnen und Bürger zu einem echten Gewinn zu machen.
- Den sanften Tourismus in der Region wollen wir fördern. So entstehen neben Arbeitsplätzen auch attraktive Naherholungsmöglichkeiten für die Henneferinnen und Hennefer.
- Die Stadt soll als guter Arbeitgeber in allen Bereichen von Gleichstellung bis guter Bezahlung vorangehen und zusätzlich Stellen im neuen sozialen Arbeitsmarkt schaffen, um langzeitarbeitslosen Menschen in Hennef eine Chance zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu geben.

Eine starke Stadt für alle

Stark ist auch der Zusammenhalt in Hennef. Diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren wir vor Ort. Dazu müssen Städte und Gemeinde endlich eine ausreichende Finanzierung erhalten, damit Stadträte auch wirklich gestalten können. In der Corona-Krise braucht es auch einen Rettungsschirm für Städte und Gemeinden, damit kommunale Angebote nicht weiter eingestellt werden müssen. Wir wollen Teilhabe für alle Menschen, wir wollen städtische Angebote für viele, wir wollen eine Stadt für alle. Allen Hetzern und Spaltern stellen wir uns entschieden entgegen: *Eine bunte Stadt ist immer noch die beste Heimat für alle.*

- Wir bekämpfen Extremismus auf allen Ebenen und stellen uns Ausgrenzung und Diskriminierung in allen Bereichen entgegen. Den von uns initiierten Arbeitskreis gegen

Zu den Verkehrsthemen s. Ausführungen unter Mobilität. Der Marktplatz wird in diesem Jahr aufgewertet mit mehr Begrünung, einem Trinkbrunnen und einem Wasserfontänenfeld (SPD-Antrag.) Aktuell wird ein Vergnügungsstättenkonzept erstellt, um der Ausweitung von ungewünschten „Spielstätten“ in der Innenstadt zu begegnen. Mit neuen Formaten wie dem Gourmetmarkt oder dem „Hüttenzauber“ wird der Aufenthalt in der Innenstadt aufgewertet und Publikum angelockt. Mittel für die Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts in 2023/24 sind im Haushalt bereitgestellt.

Die Stadt Hennef hat gegen die Marktgilde vor Gericht verloren. Der Rat hat den Markt daher nun per Satzung zur öffentlichen Einrichtung erklärt, um den Betrieb künftig selbst durchzuführen.
s. z.B. die Marktplatzaufwertung aus dem Sofortprogramm Innenstädte des Landes

Wichtige Projekte der Tourismusförderungen sind das InHK Stadt Blankenberg, neue digitale Info-Stelen, das REGIONALE Projekt „Erlebnis Bröltal“, der Kinderwanderweg im Stadtzentrum und der Kindererlebnisweg Hanfbachtal.

Die Freistellung für den Bereich der Gleichstellung wurde durch den neuen BM seit 2020 in der Stadtverwaltung verdoppelt. So wirkt die Gleichstellungsbeauftragte nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern auch nach außen (Filmveranstaltungen, Aktionen gegen Gewalt an Frauen etc.). Die Maßnahmen im Gleichstellungsplan wurden geschärft. Die Stadtverwaltung handelt nach der Dienstanweisung „geschlechtergerechte Sprache“. Aktuell wird an Dienstvereinbarungen für flexiblere Arbeitszeiten mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für Anti-Diskriminierung/sexuelle Belästigung gearbeitet. Alle Führungskräfte der Stadtverwaltung werden nun verpflichtend zum Umgang mit sexueller Belästigung/Diskriminierung geschult. Zudem wurde ein umfangreiches Programm an Führungskräftebildungen geschaffen, das bisher nicht existierte.

Der Arbeitskreis Extremismus arbeitet weiter.

(Rechts-)Extremismus in Hennef werden wir fortsetzen, Projekte der Demokratieförderung und der Erinnerungskultur unterstützen.

- Unser Ziel ist eine inklusive Stadt, in der jede und jeder am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Die Inklusion umfasst dabei das ganze menschliche Zusammenleben. Von der barrierefreien Stadtplanung über die Bildungsangebote bis zu den städtischen Einrichtungen. Wir bauen Hürden überall ab. Für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen wir umfassende Unterstützungsangebote, damit sie auch im Alter gut in Hennef leben können.
- Vielfalt ist eine Chance. Wir sorgen für eine gelingende Integration und ein gutes Zusammenleben aller Menschen in Hennef. Das Hennefer „Interkult“ ist ein Projekt mit Beispielcharakter, dessen Angebote wir weiterhin ausbauen wollen. Wir wollen die politische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und ohne Wahlrecht etwa mittels eines Integrationsrates oder vergleichbarer Foren erweitern. Für geflüchtete Menschen schaffen wir eine neue Heimat und sorgen für eine bestmögliche Unterbringung und Integration.
- Bei städtischen Einstellungsverfahren wollen wir ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren einführen, um bewusste oder unterbewusste Benachteiligungen von Bewerber*innen komplett auszuschließen.
- Viele ehrenamtlich Aktive machen das Leben in unserer Stadt lebenswert. Wir werden Vereine, Initiativen und grundsätzlich das Ehrenamt weiterhin fördern und bei allen denkbaren Schwierigkeiten gute Lösungen finden – gerade auch angesichts der Corona-Krise. Die auf Antrag der SPD eingeführte Ehrenamtskarte wollen wir weiterhin als Anerkennung an Engagierte ausgeben. Außerdem wollen wir Vereine bei Veranstaltungen mit einer „mobilen Veranstaltungsarena“ unterstützen, die etwa eine Bühne, ein Festzelt, Technik oder ein Spülmobil enthält.
- Ein gutes Zusammenleben braucht klare Regeln, an die sich alle halten. Das müssen wir sicherstellen. Der neue Stadtordnungsdienst darf nicht dazu führen, dass sich die Polizei zurückzieht. Eine flächendeckende Präsenz der Polizei zu allen Tageszeiten fordern wir ein. Außerdem wollen wir einen kriminalpräventiven Rat einführen und so „dunkle Ecken“ und

Die Gedenkstätte ehemalige Synagoge in Geistingen wird 2023 umfangreich saniert. Thematische Ausstellungen finden statt.

Der Bürgermeister hat das Format der „Sozialkonferenz“ sowie eine Zusammenarbeit mit der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg im Bereich „Nachhaltige Sozialpolitik“ eingeführt. Erstmals wurden 2023 Schulerstausstattungen an Erstklässler aus Familien im Leistungsbezug ausgegeben. Ein Programm zum Austausch von alten Elektrogeräten (SGB XII-Empfänger) wird aufgelegt. Der Antrag der SPD, der Hennefer Tafel Räume im neuen Verwaltungsgebäude (ehemals Conet) zur Verfügung zu stellen, wurde von der Ratsmehrheit (alle anderen Fraktionen) abgelehnt. Die „Sozialgarantie“ des BM, dass in Folge der Corona-Krise keine sozialen Leistungen gestrichen werden, wurde eingehalten.

Auf Antrag der SPD wurde das Pilotprojekt „kostenlose Menstruationsartikel“ in städtischen Gebäuden ins Leben gerufen. Die SPD hat eine paritätisch besetzte Ratsfraktion.

Die Inklusionskommission tagt regelmäßig und hat mit der Stabsstelle Inklusion und Älterwerden den Aktionsplan fortgeschrieben. Hennef war u.a. „HostTown“ für die Special Olympics mit einem inklusiven Fest. Fragen der Barrierefreiheit werden standardmäßig in der Stadtplanung berücksichtigt. Die Zuwegung zum Rathaus wurde barrierefrei gestaltet.

Die Stadt wirbt für Vielfalt, u.a. Regenbogenbank, Aktionstag IDAHOBIT etc. und hat einen Aktionsplan angekündigt.

Das „Interkult“ wird durch die Einrichtung einer Hausleitung 2023 personell gestärkt, um die Angebote zielgruppenspezifisch auszubauen. Erfolgreich läuft ein Projekt zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.

Die Unterbringungssituation gestaltet sich aufgrund des hohen Zustroms von Geflüchteten problematisch.

Die Stelle eines Ehrenamtskoordinators wurde geschaffen und die Auszeichnung „Ehrenamt des Monats“ eingeführt. Regelmäßig gibt es Rundschreiben des Bürgermeisters und Ehrenamtskoordinators an die Vereine, die weiterhin unterstützt werden durch z.B. Leistungen des Bauhofes, Pflegekostenzuschüsse, mietfreie Nutzung von Räumen, Schirmherrschaften des Bürgermeisters etc. Für die Ehrenamtskarte wird verstärkt geworben.

Der Stadtordnungsdienst hat eine enge Ordnungspartnerschaft mit der Polizei, die von Seiten der Polizei als vorbildlich eingestuft wird. Die Kriminalitätszahlen in Hennef sind unauffällig. Der Stadtordnungsdienst wurde zum Schutz der Mitarbeitenden mit Bodycams ausgestattet.

„Angsträume“ in Hennef identifizieren und beseitigen. Alle sollen sich in unserer Stadt sicher fühlen.

- Unsere Feuerwehren brauchen beste Arbeitsbedingungen und modernste Ausrüstung für ihren wichtigen ehrenamtlichen Einsatz für uns alle. Wir werden dafür sorgen und den Brandschutzbedarfsplan nach und nach im engen Dialog mit den Wehrführungen umsetzen. Auch in diesem Bereich muss die Jugendarbeit weiterhin unterstützt werden.

Freizeit, Kultur und Sport

Menschen wollen nicht nur in ihrer Stadt wohnen, sondern auch leben. Attraktive und für alle offene Freizeitangebote sind daher keine „freiwillige Leistung“, sondern zentral für eine starke Stadt und ein gutes Zusammenleben. Gerade Menschen mit kleinem Einkommen können dabei nicht auf öffentliche Angebote verzichten. Für uns bedeutet das:

- Wir werden das städtische Kulturprogramm attraktiv und bezahlbar halten und auf die Wünsche der Menschen ausrichten sowie Kunst im öffentlichen Raum voranbringen. Die freie Kulturszene wollen wir dabei stärker in den Blick nehmen und z.B. Proberäume für junge Bands schaffen. Auch in Uckerath und Geistingen sollen offene Bücherschränke aufgestellt werden. Das Projekt „Kulturrucksack“ für Kinder und Jugendliche werden wir fortführen.
- Ein neues Kulturzentrum kann kulturelle Angebote in Hennef bündeln, neue kreative Räume schaffen und die notwendige Erweiterung der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs ermöglichen. Wir werden die Planungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vorantreiben und die Meys Fabrik unabhängig davon als kulturelles Zentrum erhalten.
- Die Angebote der städtischen Musikschule werden wir erhalten und weiterentwickeln, mit bezahlbaren Gebühren und fairen Honoraren.
- Den Sportstättenbedarfsplan werden wir in Zusammenarbeit mit dem StadtSportVerband und den Sportvereinen abarbeiten, laufend aktualisieren und unsere Sportstätten in einem guten Zustand halten. Alle Sportstätten sollen für die Vereine gebührenfrei bleiben. Neue

In den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr (Ausnahmegenehmigung durch BezR) wird massiv investiert, aktuell rund 20 Mio. Euro. In Söven und Stadt Blankenberg entstehen zwei neue, moderne Feuerwehrrhäuser. An der Conrad-Röntgen-Straße im Gewerbegebiet Hossenberg entsteht ein weiterer Feuerwehrstandort zur Verbesserung der Schutzzeiten. Materialbeschaffungen (Fahrzeuge, Gerät) laufen; rund eine halbe Mio. Euro wurde in Anschaffungen für Energie-Ausfall-Szenarien investiert (Notstromversorgung, ausfallsichere Kommunikation, „Leuchttürme“ als Anlaufstellen der Verwaltung im Katastrophenfall); Notfallpläne werden überarbeitet und geübt; mit Förderung des Bundes entsteht aktuell ein flächendeckendes Netz an ausfallsicheren Warningsirenen. Die SPD hat einen Blaulichttag für die Hennefer Schulen beantragt, um für Ehrenamt und Respekt vor Einsatzkräften zu werben. Der Wehrleitung wurden Haushaltsmittel für Repräsentation/Wertschätzung zur Verfügung gestellt. Planungen für eine Kinderfeuerwehr sind aktuell noch am Anfang.

Das Kulturprogramm sowie das Projekt Kulturrucksack werden fortgesetzt. Der Bücherschrank in Uckerath steht seit 2021. Ein Bücherschrank in Geistingen folgt 2023 (beide auf Initiative des BM mit Förderung der Hennef-Stiftung). Die SPD hat einen Antrag eingebracht, um die Kulturangebote der Stadt auch mehr auf die Dörfer zu holen. Hier soll ein Konzept erstellt werden. Das Kulturentwicklungs-konzept wurde fortgeschrieben.

Die Machbarkeitsstudie „Kulturathaus“ wurde abgeschlossen. Es wurde einstimmig beschlossen, aufgrund der Haushaltssituation alle Planungen zurückzustellen und die Stadtbibliothek am Standort Meysfabrik weiterzuentwickeln, wenn die Feuerwache an einen anderen Standort gewechselt ist. Das Archiv erhält im neuen Verwaltungsgebäude an der Theodor-Heuss-Allee weitere Archivräume. Mit dem Kultur- und Heimathaus in Stadt Blankenberg entsteht ein kulturelles Zentrum mit Ausstellungs- und Veranstaltungsfläche, inkl. Kulturscheune.

Die Musikschule wird weiter betrieben. Die Honorare wurden leicht erhöht.

Die Sportstättenbedarfsplanung wird aktuell fortgeschrieben. Die Nutzung der Sportstätten ist weiterhin gebührenfrei für die Vereine. Die Kunstrasenplätze in Happerschoß und im Stadion wurden erneuert, genauso wie das Kleinspielfeld in

Angebote sollen hinzukommen wie etwa ein Beachvolleyballplatz. Auch vor Ort in den Dörfern müssen Bolzplätze und andere Sportanlagen zur Verfügung stehen.

- Hennef hat ein unzureichendes Schwimmangebot. Der Sportstättenbedarfsplan weist ein fehlendes Lehrschwimmbaden aus. Wir wollen in diesem Zuge prüfen, ob sich in einer größeren Lösung das Schwimmangebot für die Henneferinnen und Hennefer insgesamt verbessern lässt. Um ein Frei-/Schwimmbad für Hennef zu schaffen, müssten Fördermittel fließen und ein jährliches Defizit im Haushalt dargestellt werden. Wir wollen diese Planungen durchführen und die Henneferinnen und Hennefer anschließend darüber entscheiden lassen

Uckerath. Die Außensportanlage an der Grundschule Uckerath wurde modernisiert und für die Öffentlichkeit geöffnet. Die Sporthalle des Gymnasiums steht nach der Sanierung wieder zur Verfügung. Die Sporthalle Meiersheide wird in Kürze saniert (Dach). Gemeinsam mit der Stadt schafft der Stadtsportverband vier neue Standorte für Outdoor-Sportgeräte in Hennef.

Es wurde eine Machbarkeitsstudie Schwimmbad (SPD-Antrag) durch ein Fachbüro erstellt unter Beteiligung der Akteure Politik, Verwaltung, Schulen und Vereine. Im Ergebnis sollen die vorhandenen, für Schul- und Vereinssport knapp ausreichenden Kapazitäten (Sportschule / Lehrschwimmbaden Uckerath) für die Zukunft gesichert werden, da Investition und dauerhafte Betriebskosten eines neuen Bades (min. 1,5 Mio. Euro jährlich) so aktuell im Haushalt nicht darzustellen sind (einstimmiger Beschluss des Rates). Das Bad an der Sportschule wird in Kürze mit Förderung des Bundes umfangreich saniert. Zur besseren Ausnutzung der Kapazitäten wird ein Wasserflächenmanagement eingeführt. Die Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit sollen ausgeweitet werden. Die Situation bleibt damit dennoch angespannt.

